Nah an Politik

Pflichtangaben nach § 8 Abs. 1, 2 LPresseG NRW:
Herausgeber: Marcello zur Mühlen
Autoren: Marcello zur Mühlen & Timon Weghaus
Adresse: Norddeicher Straße 16, 50737 Köln

Samstag, der 31. Mai 2025
Monatsrückblick für Mai 2025

Was folgt hier?	Ukraine Krieg und seine Auswirkungen	Gewalt auf deutschen Straßen
Wir als proeuropäischer Newschannel stehen aufseiten der Ukraine. Mit diesem Verständnis und für den Einsatz zum Schutze der Freiheitlich Demokratische Grundordnung haben wir Nah an Politik ins Leben gerufen. Unser Newschannel besteht nicht aus dem Gedanken, dass eine Meinung richtig ist. Aber wir folgen dem klaren Geist, dass es Wahrheit und Fakten als Gegenpol für Extremismus braucht.	Die Ukraine erhält auch in Zukunft Unterstützung aus der EU. So wurde nach dem Besuch von Selenskyj am 28.5.2025 verkündet, die wirtschaftliche Zusammenarbeit auszubauen und weitere Waffen in die Ukraine zu liefern. Andererseits bleiben die Sanktionen aus, welche von Merz, Macron, Starmer und Tusk in Kiew verkündet wurden, wenn Russland sich nicht um eine Waffenruhe bemühe. Es finden weiterhin verstärkt gezielte Drohnenangriffe auf ukrainische Städte und deren zivile Infrastruktur statt. Eine Waffenruhe lässt weiter warten, da Russland weiterhin nur den Schein von Verhandlungsbereitschaft wahrt. Auch ist das angekündigte Positionspapier von Russland mit den Bedingungen für einen Frieden bisher nicht veröffentlicht worden. Auch wird zu den angekündigten Verhandlungen am	Die zunehmende politische Radikalisierung und Normalisierung von Gewalt wird immer deutlicher in unserer Gesellschaft. Dabei kommt es einerseits zu gezielten Angriffen von Polizisten, wie man auf der propalästinensischen Demo am 16.05.2025 in Berlin sehen konnte. Dort wurde ein Polizist von Demonstranten niedergerungen und auf diesen eingetreten. Andererseits neigen Jugendliche schneller zu Gewalt. So soll sich am 22.05.2025 ein 11-jähriger

Neben den typischerweise auf unserer Website oder auf Social Media erscheinenden Beiträgen gibt es viele Themen, zu denen wir uns gerne äußern wollen, dies aber nicht schaffen. Dieser Monatsrückblick und auch -ausblick soll grob die wichtigsten Ereignisse eines Monats zusammenfassen, um so Anregung für Diskussionen zu sein. Über eure Wünsche und Anregungen freuen wir uns sehr!	Montag, dem 2.6.2025 in Istanbul nur eine Delegation mit Vertretern aus der zweiten Reihe anreisen. Man erhofft sich mit den anhalten Kämpfen einen militärischen Erfolg, um mögliche Verluste, aus russischer Sicht, zu vermeiden. Außerdem steht Russland im Verdacht, über eine Schattenflotte von Hunderten Schiffen zu verfügen, um die Sanktionen auf dessen Ölexporte zu umgehen. Manche dieser Schiffe sollen auch für Schäden an Strom- und Telekommunikationskabeln verantwortlich sein. So hatte zum einen Estland ein mutmaßliches Schiff der russischen Schattenflotte festgesetzt, welches mehrere Mängel hatte. Dieses wurde jedoch, nach Reparatur der Mängel, wieder fahren lassen. Die polnische Marine vertrieb hingegen ein russisches Schiff, welches verdächtige Manöver in der Nähe eines Stromkabels gefahren sein soll.	Junge mit einem Küchenmesser gegen einen 13-jährigen Mitschüler gewehrt haben. Aber auch unbegründete Angriffe auf Passanten, wie am Hamburger Hauptbahnhof am 23.05.2025, finden statt und führen zu einer Unsicherheit in der Gesellschaft.

Nah an Politik

Pflichtangaben nach § 8 Abs. 1, 2 LPresseG NRW:
Herausgeber: Marcello zur Mühlen
Autoren: Marcello zur Mühlen & Timon Weghaus
Adresse: Norddeicher Straße 16, 50737 Köln

Samstag, der 31. Mai 2025
Monatsausblick für Juni 2025

EU-feindliche Desinformation	Der Nahost Konflikt	Visa-Beschränkung der USA
Das rumänische Volk hat am 18.5.2025 einen neuen Präsidenten gewählt. Das ist in jedem Fall zu begrüßen. So gut die Wahl für Europa sein mag, so sehr wird im Internet gegen Europa Hetze gemacht. Channel namens „dialy_romania“ oder „Radio Genua“ versuchen gezielt gegen unsere freiheitlichen Grundwerte anzukämpfen.	Europa ist sich nicht einig, wie man auf den Gaza-Konflikt reagieren soll. Ungewöhnlich deutlich hat aber mit Friedrich Merz erstmals ein deutsches Staatsoberhaupt die israelische Regierung für die menschenunwürdigen Bedingungen in Gaza kritisiert. Gleichwohl finden sich in jüdischen Zeitschriften – begründeter Weise – die Sorge, dass man nicht mehr mit Waffen unterstützt wird. Man darf hierbei nicht vergessen, dass die Hamas den Konflikt verursacht hat. Dies gibt aber kein Recht, dass man unschuldige Kinder leiden lässt. Dies darf nicht dazu führen, dass eine Einstellung von Waffenlieferungen einhergeht.	Nach einer Reihe von Angriffen gegen die Meinungsfreiheit hat die Trump-Regierung nun erklärt, dass man die Visavergabe für Studenten aussetze. Dies reiht sich in Angriffe gegen Harvard, weil diese nicht entschieden genug gegen pro-Palästina-Demonstrationen vorgegangen seien. Medienberichten zufolge solle die Visa-Beschränkung jetzt mit einem KI-Screening über Trump-kritische Aussagen einhergehen.